Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 6 (1984)

Heft: 21

Artikel: Alternative Wissenschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit : das Öko-Institut

Autor: Werner, Elisabeth / Speiser, Bernd

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652963

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

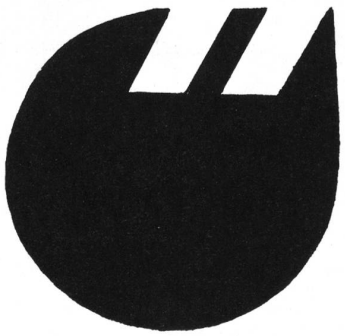
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Offenbacher Büro der Grünen hat bereits angekündigt, daß es das Labor mit mehreren Messungen beauftragen werde. Die Grünen waren es auch, die vor kurzem den ersten Schritt zur Realisierung des Labors ermöglichten: Der Ökofonds der hessischen Grünen hat der AUA 10.000 DM bewilligt.

Aber das Geld reicht nicht

Der Ökofonds Hessen verfügte 1983 über einen Jahresetat von 145.000 DM, wovon 66.000 DM aus Zuwendungen der Abgeordneten der Grünen im Bundestag stammten und der Rest aus Diäten und Aufwandsentschädigungen der hessischen Landtagsgrünen. Ungefähr 10% der Fondsmittel werden an Forschungsprojekte vergeben (z.B. Ökoinstitut Darmstadt, Interdisziplinäres Feministisches Forschungsinstitut Frankfurt). Der Ökofondsbeirat, der über die Vergabe der Gelder beschließt, setzt sich aus drei Grünen, drei Mitgliedern von Gruppen aus dem grün-alternativen Umfeld (zur Zeit das Ökoinstitut, die autonome Frauenbewegung und die Naturkostläden) und einem Vertreter vom Netzwerk Frankfurt zusammen. Für die Befürwortung eines Antrages sind mindestens fünf der insgesamt sieben Stimmen notwendig.
Die pluralistische Zusammensetzung des Beirats ist für die Antragssteller und geförderten Projekte insofern ein Vorteil, als sie nicht befürchten müssen, ihre Autonomie einzubüßen oder von den Grünen vereinnahmt zu werden. So bleibt es allein der AUA überlassen, was sie mit den 10.000 DM anfängt. Außerdem haben sie keinerlei Auflagen für ihre Arbeit bekommen. Was allerdings die Diskussionen und Verhandlungen in diesem Fall erschwerte, war die Tatsache, daß die Mitglieder des Beirats vorwiegend aus Sozialberufen kommen und daher kaum in der Lage sind zu beurteilen, was ein Labor kostet und wie schwierig und aufwendig es ist, bestimmte Untersuchungen durchzuführen.
Wie das Beispiel des Ökofonds zeigt, sind die finanziellen Möglichkeiten einer grünen Forschungsförderung noch stark begrenzt. Mit den im Fall des Umweltlabors der Krebsmühle bewilligten 10.000 DM läßt sich mit Sicherheit nur ein Bruchteil der Ausstattung eines chemischen Labors finanzieren; dennoch kann immerhin mit dem Bau begonnen werden. Da bei den Laborgruppen einige Geräte bereits vorhanden sind, schätzen die AUA-Leute, mit der eigentlichen Laborarbeit in diesem Sommer beginnen zu können. Einige Analysen – besonders Nachweise organischer Stoffe – werden jedoch fürs erste nicht möglich sein; dazu fehlen noch einige sehr teure Geräte, z.B. ein Gaschromatograph.
Die Laborgruppen hoffen, daß ihnen die Grünen, die großes Interesse an dem Projekt Umweltlabor in der Krebsmühle gezeigt haben, auch bei der Weiterfinanzierung helfen werden. Entsprechende Anträge sollen an Landesmitgliederversammlung und Landeshauptausschuß der Grünen gestellt werden.
Sie hoffen aber auch auf den großen „Ökotopf" mit 7,2 Mio. DM, den die Hessengrünen bei ihren Unterstützungsverhandlungen mit der SPD-Landesregierung vereinbart haben und der zur Förderung alternativer Betriebe vorgesehen ist. Während aber der Ökofonds, ähnlich wie Netzwerk, die Eigenständigkeit alternativer Projekte unangetastet läßt, ist die Situation im Fall der Regierungsgelder unklar. Aus Furcht vor parteipolitischen Integrationsversuchen hat sich bereits ein „Verband alternativer Betriebe" gebildet, der die Gelder in eigener Verantwortung verteilen möchte. Auch die AUA hat bereits einen Aufnahmeantrag an diesen Verband gestellt, wohlwissend, daß eine Arbeit im Interesse der „Betroffenen" nur möglich ist, wenn man sich als „Betroffene" organisiert – auch gegenüber der SPD-Landesregierung.

Elisabeth Werner und Bernd Speiser



„*Paßt bloß auf*" hat jemand an die Garagenwand neben dem Bürohochhaus in der Hindenburgstraße 20 in Freiburg gesprüht. Eine Anspielung auf das Institut für Angewandte Ökologie (kurz Öko-Institut genannt), das seit einigen Monaten in diesem Prachtexemplar moderner Funktionalarchitektur residiert? Schon möglich – sei es als flapsiger Rat, sei es als Drohung an die Adresse der ökologischen Verwalter und Wissenschaftler. Jedenfalls ist das Öko-Institut eine der Institutionen, deren Namen in der alternativen (Öko-) Bewegung einigen Klang besitzen. Was aber wird dort in Freiburg ausgeheckt? Welche Stellung hat das Institut innerhalb dessen, was man gemeinhin „die Bewegung" nennt? Welche Vorstellungen haben die Mitarbeiter über realistischen Umweltschutz? Und schließlich, inwieweit ist in der Hindenburgstraße der Anspruch nach alternativen Strukturen und basisdemokratischen Vorstellungen verwirklicht? Fragen, die wir bei Interviews mit mehreren Mitarbeitern des Instituts beantwortet haben wollten: mit Martin Böhme, Mitarbeiter der Institutes, Peter von Gizycki, Wissenschaftskoordinator, und Rainer Grießhammer, Vorstandsmitglied.
Das Öko-Institut Freiburg wurde 1977 als eingetragener Verein gegründet. Bei den Auseinandersetzungen mit Behörden und in Gerichtsprozessen um das AKW Wyhl hatten die südbadischen Bürgerinitiativen gemerkt, daß sie kaum Sachverständige hatten, die ihre Interessen fundiert vorbringen konnten.
Daher die Idee, ein Institut zu gründen, das gutachterliche Stellungnahmen zu ökologischen Streitpunkten abgeben und die Bürgerinitiativen wissenschaftlich beraten sollte.
Zu Anfang bestand der Verein aus ca. 40 Mitgliedern. Inzwischen ist die Zahl derer, die sich dem Gedanken einer „interessenunabhängigen ökologischen Forschung" verbunden fühlen, auf über 4000 angewachsen. Nicht nur in der steigenden Mitgliederzahl, auch sonst kann das Öko-Institut nach mehr als 5jährigem Bestehen einige Erfolge verbuchen.
Die Projekte des Öko-Instituts lieferten den Kernkraftgegnern und Umweltschützern wirksame Argumente, die von den Befürwortern der herrschenden Energiepolitik nicht einfach vom Tisch gewischt werden konnten. Die Energiewendestudie beispielsweise zeigt, daß Wirtschaftswachstum in der BRD auch ohne Einsatz von Kernenergie und bei sinkendem Erdölverbrauch möglich ist. Die Reaktorsicherheitsstudie des Öko-Instituts weist nach, daß in der entsprechenden Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit die möglichen Unfallrisiken fehlerhaft dargestellt sind.
Die Finanzierung der Projekte und die Bezahlung der festangestellten Mitarbeiter erfolgt aus den Eigenmitteln des Instituts, die durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Buchveröffentlichungen zusammenkommen. Damit ist die finanzielle Un-

Alternative Wissenschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit: das Öko-Institut

abhängigkeit des Instituts im wesentlichen gewährleistet. Mitarbeiter, die in den Projekten auf Zeit angestellt sind, werden auch von Bürgerinitiativen und von der Partei der Grünen bezahlt. Größere Projekte, wie die oben genannten, erhielten sogar staatliche Gelder, was nach der „Wende" allerdings nicht mehr zu erwarten ist.

Struktur und Funktion – alternativ?

Wie sieht es aber nun konkret mit der hier versuchten Umsetzung alternativer Ideen in der Praxis aus?
Daß es darum nicht so rosig bestellt ist, wurde bei unseren Interviews schnell klar. Alltägliche Schwierigkeiten bewirken, daß die Ansprüche, die man hatte, meist nicht eingelöst werden konnten. War in der Gründungsphase noch die Absicht vorhanden, daß alle Mitarbeiter des Instituts alle Arbeiten gemeinsam erledigen, d.h. sowohl die inhaltliche Arbeit an den wissenschaftlichen Projekten als auch die Verwaltungsarbeit, so stellte sich bald heraus, daß das nicht funktionierte. Es gab immer Leute, die sich um den lästigen Verwaltungskram drückten, zumal er im Lauf der Zeit immer mehr anwuchs.
Man ging schließlich zum jetzt bestehenden Modell des Instituts über:
Die Geschäftsstelle in Freiburg erledigt die Verwaltungsarbeit, beantwortet Briefe und Anfragen, organisiert die Projekte und sucht für diese Mitarbeiter. Es gibt dazu eine Wissenschaftlerkartei, über die Anfragen gleich an zuständige Forscher weitergeleitet werden können. Die Geschäftsstelle in Freiburg verwertet auch die Ergebnisse der Projektgruppen und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich.
Die inhaltliche Arbeit dagegen wird fast nur noch in den Projektgruppen geleistet, die sich meist außerhalb Freiburgs befinden. Eine Gruppe in Darmstadt z.B. hat die Reaktorsicherheitsstudie angefertigt. Die Projektgruppen lösen sich wieder auf, wenn kein Geld mehr da ist oder das Projekt erfolgreich zu Ende geführt wurde. Kontinuierliche Arbeit an einem Themenkreis über längere Zeit hinweg findet daher kaum statt.
Nach Meinung unserer Interviewpartner bewirkt diese Teilung auch, daß die Freiburger wenig davon wissen, was in den Projektgruppen läuft. Es findet keine Rückkopplung statt. In den Projektgruppen erfährt man nicht, wie die Ergebnisse verwertet worden sind, ob etwas und wenn ja, was damit erreicht wurde.
Die Freiburger, deren Aufgabe es auch ist, das Institut nach außen hin zu vertreten, können die Ergebnisse der Projekte nicht entsprechend in der Öffentlichkeit vorbringen, weil sie nicht auf allen bearbeiteten Gebieten kompetent genug sein können. Martin Böhme, der im Öko-Institut am Rande mitarbeitet, macht denn auch den Freiburgern zum Vorwurf, daß die Geschäftsstelle ein aufgeblähter Wasserkopf sei, der inhaltlich nicht viel bringe, aber Geld koste, zuviel Geld. 60–80 % der verfügbaren Mittel gehen in die Verwaltung und werden für überflüssige Telefoniererei und Kopien, die dann doch von niemandem gelesen werden, verschwendet.
Auch für Rainer Grießhammer ist die Lösung dieser durch die Arbeitsteilung entstandenen Probleme eine der wichtigsten Aufgaben, die das Institut in nächster Zeit anpacken muß, um überhaupt produktiv weiterarbeiten zu können. Sein Vorschlag zur Lösung ist, Arbeitskreise am Institut selbst einzurichten, die über längere Zeit hinweg kontinuierlich inhaltlich an einem Thema arbeiten. Aus diesen heraus könnten dann wieder neue Ideen für Projekte entstehen.
Auch der hierarchische Aufbau des Instituts schafft Probleme. Ganz oben sitzt der zehnköpfige Vorstand, bei dem letztlich alle Entscheidungen liegen. Sieben ehrenamtliche Mitglieder des Vorstands werden auf der jährlich einmal stattfindenden Mitgliederversammlung gewählt, drei Vorstandsmitglieder sind Mitarbeiter des Instituts. Meist müssen Entscheidungen schnell getroffen werden, z.B. wie ein Projekt weiterlaufen soll.
Da der Vorstand, der diese Entscheidung eigentlich treffen müßte, höchstens einmal im Monat zusammenkommt, müßten dringende Entschlüsse von jemand anderem gefällt werden. Die Freiburger, die das tun sollten, drücken sich oft vor der Verantwortung, schieben sie nach unten ab oder ins Projekt, meint Martin. Und weiter: *„Die Unteren sollen dann entscheiden, ohne Verantwortung zu haben. Die müssen also, sobald sie selbständig was machen wollen, ständig nach oben*

Ausgangspunkt: AKW-Prozesse

Die Basis wählt . . .

nachfragen, und die oben übernehmen ja keine Verantwortung. Deshalb hängen die Leute, die wirklich etwas arbeiten wollen, oft ziemlich in der Luft."

Wie gut das Institut läuft, hängt also von den festangestellten Mitarbeitern und von der Geschäftsleitung ab, denn der Vorstand ist zu weit von der alltäglichen Problematik entfernt. Doch die Festangestellten seien eben manchmal den anfallenden Problemen nicht gewachsen, wird kritisiert. So fehle es auch oft an konkreter Planung, für welche Aufgaben z.B. die Zivildienstleistenden und Praktikanten eingesetzt werden sollen, so daß es vorkomme, daß diese wochenlang keine inhaltliche Arbeit machen können. Als Praktikanten werden übrigens zur Zeit nur Frauen eingestellt, um dem bestehenden Mißverhältnis zwischen den Geschlechtern zumindest etwas abzuhelfen. Im Vorstand beispielsweise ist nur eine Frau vertreten.

Alternative Arbeitsformen oder basisdemokratische Ansätze sieht Martin Böhme am Öko-Institut also keineswegs realisiert, auch nicht, wenn er sich den Umgang der Mitarbeiter untereinander anschaut: „*Da laufen dann zwischen den sogenannten Wissenschaftlern, die festangestellt sind, und den Zivildienstleistenden so unterschwellig fachliche Qualifikationskämpfe, die nicht offen ausgetragen werden, wo jeder sich beweisen will, wie toll er doch ist. Also die geben nicht wirklich zu, daß sie jetzt beide auf einem Gebiet eingearbeitet sind, und arbeiten dann zusammen. Sie arbeiten zwar nach außen zusammen, aber so unter der Hand auch immer ständig so ein bißchen gegeneinander.*"

Für Rainer Grießhammer ist dadurch, daß der Vorstand gewählt wird, und dadurch, daß stets drei Mitarbeiter des Instituts im Vorstand sind, genügend Kontrolle durch die Basis und Selbstbestimmung der Mitarbeiter über ihre Arbeit gegeben. Seiner Ansicht nach ist es ohnehin so, daß der, der aktiv ist, auch Einfluß ausüben kann darauf, welche Projekte gemacht werden, und seine Ideen einbringen kann. Das Schwergewicht der Entscheidungen liege also nicht so sehr beim Vorstand, wie es von der Satzung her vorgesehen ist. Aber dazu gehört schon großes Engagement, denn es wird von den Mitarbeitern zwar nicht gefordert, aber doch erwartet, daß sie freiwillig mehr arbeiten, ohne dafür bezahlt zu werden. Jedem aufrechten Gewerkschaftler würden sich angesichts dieser Selbstausbeutung die Haare sträuben. Die meisten Mitarbeiter aber sagen, daß sie diese Mehrarbeit gerne in Kauf nehmen, weil es für eine sinnvolle Sache sei.

Mit, neben oder in der Bewegung?

Die Wurzeln des Öko-Instituts stecken sicherlich tief in der Ökologie- und Antiatombewegung. Auch heute noch kommen wesentliche Anstöße aus diesem Umfeld. Bürgerinitiativen stellen Anfragen, das Institut legt einen Bericht dazu vor, den die Betroffenen vor Ort dann als Material bei Anhörungen oder in der täglichen Öffentlichkeitsarbeit verwerten können. Daß die Bürgerinitiativen bisweilen mit den von den Freiburgern erarbeiteten Grundlagen wenig anfangen können, hält auch Peter von Gizycki für ein Problem. Es werde daher versucht, die Bearbeitung eines Gutachtens unter Anleitung von den Betroffenen selbst durchführen zu lassen. Als Beispiel nennt er eine Bürgerinitiative gegen die Tegel-Autobahn in Berlin.

Nicht nur Bürgerinitiativen verwerten die Öko-Instituts-Ergebnisse, auch in die parlamentarische Arbeit fließen Gedanken aus Freiburg ein. Die Grünen übernahmen etwa Teile der Reaktorsicherheitsstudie für eine kleine Anfrage im Bundestag.

Rainer Grießhammer sieht für das Öko-Institut einen ganz bestimmten Aufgabenbereich innerhalb der politischen Umsetzung wissenschaftlich-inhaltlicher Ergebnisse: „*Wir sind nicht die, die Demonstrationen organisieren, sondern wir sind die, die (. . .) als Gutachter in Prozessen auftreten, die wegweisende Studien wie die Energiewende entwickeln oder kritische Gegengutachten wie die Reaktorsicherheitsstudie.*"

Im wesentlichen sieht sich das Öko-Institut also als Lieferant (natur-) wissenschaftlicher Ergebnisse. Aktives Eingreifen in die Politik ist weit umstrittener. Obwohl sich das Freiburger Institut an der Aktion „Giro-Blau" beteiligt, zeigen sich Vorstand und Geschäftsführung eher zurückhaltend, wenn es um aktuell-politische Aktionen geht. Das zeigte auch die Diskussion um den Krefelder Appell.[1] Der Vorstand vertrat die Meinung, diesen Appell nicht als Institut unterstützen zu können, da man nicht auf diesem Gebiet arbeite. Der tiefere Grund freilich dürfte die breite politische Spannweite der Mitglieder sein, die durch sämtliche Lager reicht. Prinzipieller Konsens besteht sicherlich in der Umweltschutzfrage. Bei darüber hinausgehenden Aussagen ist sich Rainer Grießhammer „*nicht so sicher*".

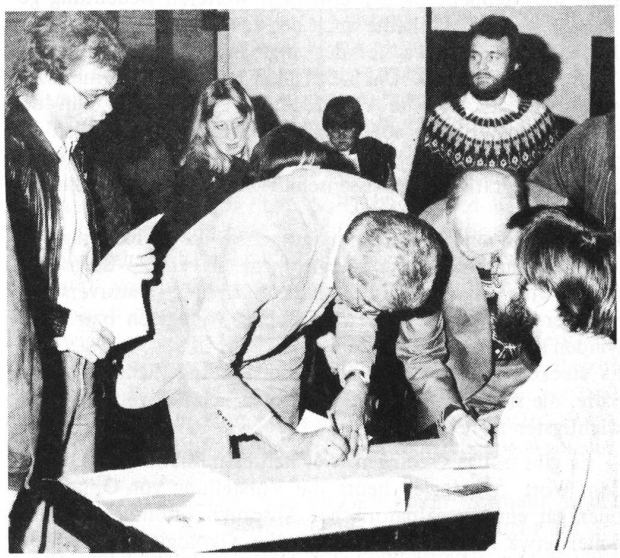
Ähnlich problematisch scheint die Diskussion um die wissenschaftliche Stellung des Öko-Instituts. Während einerseits anthroposophische Ansätze formuliert werden,[2] meint Rainer Grießhammer, daß eine „eigentliche" Naturwissenschaft das „*langfristige Überleben des Menschen in und mit der Natur zu sichern*" hat, und betont: „*Es hat schon immer Eingriffe*

gegeben (. . .). Der Lebensunterhalt des Menschen besteht geradezu in solchen Eingriffen." Und weiter: „*Aber (. . .) nicht weil die Natur etwas ganz Tolles ist, sondern weil die Natur unsere Lebensgrundlage ist (. . .).*"

Die Mitgliederversammlung und Arbeitstagung 1983 hat einigen Staub aufgewirbelt: alternative Mythen, „*öko-sozialer Verpflichtungsrahmen*" oder gar „*Vorreiter für ein grundsätzlich neues Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft*"[3]?
Es bleibt der Eindruck, daß solche theoretischen Probleme eher im Alltag der Arbeit in Freiburg untergehen. „*Realisiert ist es wohl nicht*", meint Martin Böhme auf die Frage nach Alternativen zur herkömmlichen Wissenschaft am Öko-Institut, aber „*in den Köpfen schwebt's immer noch rum.*"

Realistischer Umweltschutz?

Wie kommt man nun aus diesem Netz von Sachzwängen und Erwartungen heraus? Rainer Grießhammer will es mit Systematik versuchen. Im Bereich der Chemie (er ist von Beruf Chemiker) möchte er zunächst eine Bestandsaufnahme der Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien vornehmen, die historisch-politischen Ursachen herausarbeiten und schließlich die Funktion oder Nichtfunktion der Bürgerinitiativen, Verbraucher- und Umweltverbände und auch des Öko-Instituts untersuchen. Daraus soll dann eine sinnvolle Gesamtstrategie für die Bekämpfung von Umweltverschmutzung abgeleitet werden, die, so das Vorstandsmitglied weiter, den einzelnen Organisationen wie dem BBU, BUND oder dem Öko-Institut bestimmte Schwerpunkte zuweist.
Dabei wird die Funktion der Umweltschützer durchaus politisch begriffen: einerseits z.B. die quantitative Erfassung von Schäden, andererseits aber die Bewertung, die „*politisch-wirtschaftliche Abwägung*" (so Rainer). Während diese beiden Ebenen normalerweise und oft sogar wissentlich vermischt werden, versucht das Öko-Institut, die Bewertung streng von der Erkenntnis zu trennen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit wird deshalb besonderer Wert darauf gelegt, „*inwieweit schon politische Bewertung, politische Aussagen in (. . . diese) Gutachten (. . .) einfließen, die im Bereich von Behörden, Industrie usw. erfolgen: bei der Grenzwertfestlegung, bei der Festlegung von Sicherheitsrichtlinien von Kernkraftwerken, beim ‚Stand der Technik' (. . .).*" Soziale Auswirkungen von Technologien müssen berücksichtigt werden. Rainer Grießhammer zitiert seinen Vorstandskollegen Günter Altner: „*Wir (. . .) stehen (. . .) in einem öko-sozialen Verpflichtungsrahmen.*"
Grießhammer vertritt hier das „*Prinzip der möglichst kleinen Eingriffe*". Gegen die Gewässerbelastung durch Waschmittel beispielsweise wurde immer wieder die Verwendung umweltfreundlicher Waschmittel gefordert. Doch, so Rainer Grießhammer: „*Jetzt erkennt man so langsam, das gibt es offensichtlich gar nicht.*" Man könne auch nicht daran denken, etwa alle 40.000 Chemikalien, die auf dem Markt sind, ökotoxikologisch zu untersuchen. Realistisch, meint Rainer, sei nur der Weg, „*den Chemikalieneinsatz (. . .) mengenmäßig insgesamt drastisch* (zu) *verringern.*" Dies wäre der Kompromiß zwischen den erwünschten Wirkungen einerseits und der Minimierung des unvermeidlichen Eintrags fremder Stoffe in



. . . auf der Mitgliederversammlung . . .

die Umwelt andererseits.
Diese Einstellung trifft sich mit den Auffassungen der „Energiewende"-Autoren, deren Vorschlag für einen sanften Pfad auch in den Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukünftige Kernenergiepolitik" eingeflossen ist. Ohne Einschränkung der **Energiedienstleistung** soll dabei der **Primärenergieverbrauch** gesenkt werden, etwa mit Hilfe von Wärmedämmaßnahmen. Ein wärmegedämmter Raum ist mit weniger Energie auf die gleiche Temperatur zu heizen.
Hoffen müssen die Freiburger Wissenschaftler dabei aber auf die Mithilfe des einzelnen. Die Politik des Öko-Instituts bleibt bislang im Rahmen der vom wirtschaftlichen System vorgegebenen Möglichkeiten und versucht nicht, grundlegende Änderungen einzubeziehen. Möglicherweise wird das durch das Projekt „Arbeit in einer ökologisch orientierten Wirtschaft" anders. Ergebnisse liegen dort aber noch nicht vor.

Literatur:

1 R. Jäckle, Öko-Mitteilungen, 3,4/1981, S. 5
2 G. Maier, Öko-Mitteilungen, 2/1983, S. 4
3 R. Brämer, Öko-Mitteilungen, 2/1983, S. 7

. . . ihren neuen Vorstand (v.l.m.r. U. Hampicke, L. Hahn, R. Grießhammer, G. Altner, Vorstandssprecher im Gespräch mit seinem Vorgänger A. Bechmann)